



# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---

Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

## Niederschrift

über die 40. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung — am 04.12.2012 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

### Anwesend waren:

#### **Ausschussvorsitzender**

Herr Bernd Habermann

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Fritz Lindner  
Frau Christin Menzel  
Herr Klaus Hubrig  
Herr Dirk Steinhausen  
Herr Dr. Ralf von der Bank  
Herr Jörg Niendorf  
Herr Erich Ertl

#### **Sachkundige Einwohner**

Herr Christian Heller  
Frau Alice Löning

### Entschuldigt fehlten:

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Günter Stirnal

#### **Sachkundige Einwohner**

Frau Ute Krüger

Herr Hartmut Rex

### **Verwaltung:**

Herr Detlef Gärtner, Beigeordneter und Dezernent  
Herr Ralf Neumann, Kreisentwicklungsamt, Amtsleiter  
Frau Heidemarie Köppen, Dezernat IV, Flughafenkoordinatorin  
Frau Ingetraud Barth, Kreisentwicklungsamt, Sachbearbeiterin  
Frau Marina Remus, Kreisentwicklungsamt, Schriftführerin  
Frau Ilka Leistner, Bauamt, Sachgebietsleiterin

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

-----

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Begrüßung und Mitteilungen des Vorsitzenden
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Anfragen der Abgeordneten
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Finanzierung des Baues des "Touristischen Verbindungsweges Zesch 4-1396/12-IV am See - Egsdorf (bis Landkreisgrenze)"
- 6 Aktiver Schallschutz und weitere Maßnahmen im Flughafenumfeld
- 7 Umstufung von Kreis- zu Gemeindestraßen

#### **Öffentlicher Teil**

##### **TOP 1**

##### **Begrüßung und Mitteilungen des Vorsitzenden**

Zur 40. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung begrüßt Herr Habermann die Mitglieder des Ausschusses und eröffnet die Sitzung.

Herr Habermann informiert über einen Antrag des CDU-Gemeindeverbandes Großbeeren zum Thema „Zweiter Halt am Regionalbahnhof Großbeeren“. Diesen Antrag möchte er zur Tagesordnung nehmen und zwar unter dem TOP „Sonstiges“.

Zum Thema „Einstweilige Sicherstellung für das beabsichtigte Landschaftsschutzgebiet Wierachteiche / Zossener Heide“, sind heute Vertreter der Bürgerinitiative anwesend. Dieses Thema betrifft zwar den Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt, tangiert aber auch unseren Ausschuss.

Die Tisch-Vorlage 4-1396/12-IV „Finanzierung des Baues des Touristischen Verbindungsweges Zesch am See-Eggsdorf“ wird nach dem TOP 4 als TOP 5 geführt.

Zu dieser Tagesordnung besteht Zustimmung. Es gibt keine weiteren Ergänzungen oder Zusätze seitens der Abgeordneten.

## **TOP 2**

### **Einwohnerfragestunde**

Frau Ehresmann von der Bürgerinitiative „Freier Wald“ informiert über einen Brief an alle Abgeordneten und sachkundigen Bürger, weil sie Bedenken hat, dass der Kreistagsbeschluss vom 18.06.2012 nicht umgesetzt wird. In der Kreistagssitzung wurde gesagt, die Fraktion spricht sich dafür aus, den Erlass einer Veränderungssperre erst zu einem späteren Zeitpunkt zu beschließen. Der Abgeordnete Schulze verwies darauf, dass der Landrat über ein Schreiben der Investoren informiert hat, in dem dargelegt wird, dass derzeit nichts unternommen wird. Es wird aber sehr viel unternommen und wir denken, dass dieses Versprechen nicht eingehalten wird. Nach der letzten Kreistagssitzung hatten wir Besuch vor Ort. Es war ein Vier-plus-vier-plus-fünf-Treffen, viermal Kreisverwaltung, viermal Bürgerinitiative und fünf Oberförster- und Eigentümervetreter. Die Kreisverwaltung konnte leider ihre Aufgabe nicht recht wahrnehmen, weil sie vor Ort nicht die Haftungsverzichtserklärung für das Betreten des Waldes unterschreiben durfte.

Frau Ehresmann fragt heute noch mal an, warum man das Gebiet, welches gemäß Kreistagsbeschluss vom 18.06.12 untersucht werden soll, nicht einstweilig sicherstellen kann. Sie verweist auf die gesetzliche Möglichkeit des § 27 Naturschutzgesetz, wonach Teile von Natur und Landschaft, deren Schutz nach §§ 21 – 24 beabsichtigt ist, durch die für die Unterschützstellung zuständige Behörde für einen Zeitraum bis zu 2 Jahren einstweilig sichergestellt werden können, wenn zu befürchten ist, dass durch Veränderung der beabsichtigte Schutzzweck gefährdet wird. Der Schutzzweck wird nach Auffassung der Bürgerinitiative gefährdet, weil starke Verkehrsbewegungen stattfinden.

Sie möchte wissen, warum man nicht einstweilig für 1 Jahr oder maximal für 2 Jahre sicherstellen kann?

**Herr Habermann:** Als Ausschuss hatten wir uns ausgiebig über diese Thema unterhalten und auch die Sicherstellung empfohlen. Auf der Kreistagssitzung am 18.06.2012 wurde dann nochmals ausführlich über das Thema gesprochen. Er weist darauf hin, dass dieser Ausschuss nicht der zuständige Ausschuss ist, sondern der Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft. Aber als Ausschuss für Regionalentwicklung können wir zu diesem Thema unsere Meinung äußern. Die Unterlagen hat sich Herr Habermann sehr ausführlich angesehen. Es sind eine Menge Informationen wie Investor, Planungsbüro und Eigentümer enthalten. Diese Dinge deuten seiner Meinung nach auf Abstimmungsprobleme hin. Die Frage ist nur, welchen Einfluss wir hier als nicht zuständiger Ausschuss haben. Wir haben uns am 05.06.2012 ganz klar positioniert. Seine Frage richtet sich an die Abgeordneten.

Das Thema wurde von den Abgeordneten sehr ausführlich diskutiert. Nach umfangreicher Diskussion wurde mehrfach geäußert, dass dieser Ausschuss nicht zuständig ist und die Problematik an den Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft heranzutragen und dort zu behandeln ist.

**Herr Habermann** erklärt, dass sich Herr Gärtner mit Herrn Lademann abstimmen und dieser Ausschuss eine entsprechend sachliche Information erhält.

### **TOP 3**

#### **Anfragen der Abgeordneten**

Die Anfrage von **Herrn Dr. von der Bank** bezieht sich auf die vorgesehenen Nachpflanzungen in Klein Kienitz. Im November 2011 wurde die Allee bereits gefällt. Im Oktober wurde ihm mitgeteilt und auch bestätigt, dass jetzt im November 2012 die Nachpflanzungen stattfinden sollten. Mit Stand heute Morgen habe er noch keine Aktivitäten gesehen. Seine Frage lautet: Erfolgt die Pflanzung noch in diesem oder doch erst im nächsten Jahr? Seine 2. Frage bezieht sich auf den Radweglückenschluss. Herr Giesecke hatte ihm auf eine Anfrage im April 2011 mitgeteilt, dass dieser Radweglückenschluss 30 T€ kosten und dieses Jahr erledigt werden sollte. Auch das ist noch nicht geschehen. Ist das dann für das nächste Jahr neu einzuplanen? Auch hatte er im Ratsinformationssystem recherchiert, was darin von Klein Kienitz zu finden ist. Dort ist ihm aufgefallen, dass der Lückenschluss Radweg in Klein Kienitz bereits im Juni 2004 Thema im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung war. Da dies schon eine relativ lange Zeit der Beschäftigung der Gremien der Kreisverwaltung in so einer kleinen Angelegenheit ist, will er wissen, wie es hier weitergeht.

Auf den ersten Teil der Frage antwortet **Frau Leistner**, SG-Leiterin Straßenwesen, dass die Vergabe für die Pflanzungen am 18. Oktober 2012 war. Mit der Pflanzung gab es leider Verzögerungen, jedoch wird ab morgen, nach der nochmaligen Begutachtung der Bäume, gepflanzt.

**Herr Gärtner** äußert zum Lückenschluss, dass dies ein schwierigeres Thema ist. Seit 2006 gibt es eine Vereinbarung mit dem Eigentümer. Wenn Herr Giesecke im Jahr 2011 erklärt hat, die 30 T€ würden im Haushalt stehen, ist das eine Seite. Der Haushalt für 2011 wurde jedoch nicht genehmigt. Die Frage des Lückenschlusses des Radweges spielt natürlich auch eine Rolle bei der Umstufung der K 7237.

Das Thema war Gesprächsgegenstand in der Gemeindeverwaltung in Rangsdorf bei Herrn Rocher. Im Rahmen dieses Umstufungsverfahrens gilt es sich hier noch auseinandersetzen, wer diesen Radweg dann auch bezahlt. Es ist so, dass der Landkreis innerorts selten Radwege baut, aber damals hat es sich so ergeben. In den Umstufungsgesprächen müssen wir uns mit der Gemeinde einigen. Bisher gab es keine Gelegenheit und kein Geld, um dieses Stück dort zu bauen.

**Herr Dr. von der Bank** versteht nicht, dass der Kreis erst mal kein Interesse und kein Geld hat, das umzusetzen, obwohl der Kreis seit 2004 verhandelt hat, jetzt aber der Gemeinde den Bau des Radweges überlassen will.

**Herr Gärtner** sieht das nicht so. Bei den Gesprächen in den Gemeinden zur Umwidmung der Straßen gibt es noch mehr Probleme an diesem umzuwidmenden Stück nach Klein Kienitz. Hier geht es auch noch um Grundstücksfragen, die nicht geklärt sind usw. Diese und andere Dinge gilt es einfach gemeinsam mit der Gemeindeverwaltung jetzt im Laufe des nächsten Jahres zu besprechen und zu klären. Was diesen innerörtlichen Radweg in der Gemeinde angeht, das hat sich damals in der Geschichte so ergeben, dass der Kreis diesen mit gebaut hat. Auch das wird in den Gesprächen eine Rolle spielen.

**Herr Habermann** erkundigt sich, ob es eine Genehmigung der UNB zum Fällen von Bäumen der Allee vom Südringcenter nach Klein Kienitz gibt und wenn ja stellt er die Frage, warum die UNB nicht bereit ist, in Blankenfelde in der Dorfstraße, westlich der Dorfschmiede, an der Landesstraße L 792, ein oder zwei Bäume zu fällen. Als Ortsbeirat wurde ehemals die

Initiative ergriffen. Es gab einen Ortstermin mit dem Landesbetrieb Straßenwesen und mit der UNB.

Die Situation ist die, dass wenn Eltern mit Kinderwagen oder Rollstuhlfahrer an diesen Bäumen vorbei wollen, müssen sie auf die stark befahrene Straße ausweichen, da die Breite auf dem Gehweg zu gering ist.

Deshalb stellte er die Anfrage an Herrn Dr. Fechner. Herr Dr. Fechner informierte, dass er keine Möglichkeit auf Grund der rechtlichen Situation sieht, diese Bäume wegzunehmen, weil es eine Allee ist. Nur eine Allee ist dort nicht zu sehen und deshalb stellt er die Frage an die Verwaltung: Aus welchem Grund erfolgt keine Genehmigung zum Beseitigen dieser Bäume, die eine lebensgefährdende Situation für die Anwohner herbeiführen.

**Herr Habermann** war entsetzt, als im Ortstermin sowohl vom Landesbetrieb Straßenwesen als auch von der UNB gesagt wurde, dann müssen die Rollstuhlfahrer eben auf die Straße fahren. Das kann nicht akzeptiert werden. Auf diese Frage möchte er heute keine Antwort haben, aber er bittet um unbedingte Klärung.

Darauf antwortet **Herr Gärtner**, die Allee nach Klein Kienitz ist mit Genehmigung beseitigt worden.

Die sehr frequentierte Landesstraße, die teilweise Asphalt und teilweise Kopfsteinpflaster hat, war kürzlich Thema eines Gespräches mit dem Landesbetrieb Straßenwesen. Er wird in der nächsten KOG das Thema ansprechen, um hier Klarheit über die L 792 zu bekommen.

#### **TOP 4**

##### **Mitteilungen der Verwaltung**

**Herrn Gärtner** teilt mit, dass die Verkehrsfreigabe des Teilabschnittes B 101 zwischen Wiesenhagen und Woltersdorf in diesem Jahr nicht mehr erfolgen wird. Gründe dafür sind, dass die von der DEGES beauftragten Unternehmen bestimmte Bauarbeiten, wie u. a. Leitplanken und Beschilderungen, nicht mehr erledigen können. Diese Arbeiten werden erst zu Beginn des Jahres 2013 abgeschlossen, danach kann der Verkehr vierspurig freigegeben werden.

Zum Radweg entlang der B 246 zwischen Löwendorf und Schönhagen kann **Herr Gärtner** berichten, dass nach einer langen Phase der Planung sowie einem langen bürokratischen Werdegang die Hauptbauarbeiten im nächsten Jahr endlich beginnen können. Anschließend soll sich das fehlende Stück von Schönhagen bis zu unserer Landkreisgrenze, so dass es von Trebbin aus durchgehend bis zur B 2 einen Radweg entlang der Bundesstraße geben wird.

**Herr Lindner** erkundigt sich nach dem Zeitplan des Baues der B 101 Richtung Thyrow oder Richtung Jüterbog?

**Herr Gärtner** antwortet, dass sich der Bau der OU Thyrow aufgrund eines Klageverfahrens verzögert. Demzufolge sind 2013 keine anteiligen Gelder zu entrichten (ca. 3,6 Mio €). Das ist die gute Seite, bedeutet aber, dass es im Weiteren nicht richtig vorangeht. Was den südlichen Teil um die Stadt Luckenwalde herum betrifft, gibt es bei der Fertigstellung des Teilabschnittes derzeit keine Probleme.

#### **TOP 5**

##### **Finanzierung des Baues des "Touristischen Verbindungsweges Zesch am See - Egsdorf (bis Landkreisgrenze)" ( 4-1396/12-IV )**

**Herr Gärtner** führt dazu aus, dass bereits im Ausschuss am 03.04.2012 über die Schwierigkeiten mit der Finanzierung informiert wurde. Jetzt teilte uns das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) mit, dass wir im nächsten Jahr die 3,6 Mio € als Anteilsfinanzierung für den Bau der B 101 nicht bezahlen müssen. Auf der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für diese Maßnahme und durch nun frei werdende Investitionsmittel für das nächste Jahr, können diese Mittel dafür verwendet werden. Der Nachbarkreis wartet auf ein deutliches Signal von uns. Auch sind Fördermittel zu beantragen. Durch den Nachbarkreis würden diese beantragt und in Aussicht gestellt. Diese nützen ihm wenig, wenn der Landkreis Teltow-Fläming, von dem ursprünglich die Initiative vor mehreren Jahren ausging, nicht finanzieren kann. Deshalb ist diese Vorlage entstanden, einfach um zu dokumentieren, der Landkreis Teltow-Fläming wird es tun, wenn der Haushalt dann auch genehmigt wird. Deshalb hat die Verwaltungsleitung entschieden, diese Vorlage einzubringen und entschuldigt sich für die kurzfristige Mitteilung. Jedoch steht die Vorlage in der Tagesordnung zum Kreistag.

**Herr Dr. von der Bank** entsinnt sich sehr gut, als im Sommer darüber gesprochen wurde. Damals wurde mitgeteilt, dass der Bau dieses Verbindungsweges verschoben werden muss, weil keine finanzielle Mittel vorhanden sind. Damals wurde diskutiert, dass wir die Fördermittel nicht verlieren wollen, soweit sie zur Verfügung stehen. Mit der Verschiebung der Zahlungsverpflichtung zum Bau der B 101 in 2014 steht für das Haushaltsjahr 2013 kurzfristig die Deckungsmöglichkeit zur Verfügung. Damit ist diese Randbedingung erfüllt.

**Herr Hubrig** möchte wissen, in welcher Form dieser Weg ausgebaut wird oder ist das nur ein Weg für Wanderer und Fahrradfahrer?

**Herr Gärtner** antwortet, das wird ein Weg sein, mit einer Breite von 3,50 m mit Ausweichbuchten. Er wird geführt unter dem Titel touristischer Wegebau und soll aus Mitteln der ländlichen Entwicklung gefördert werden. Hier fließen keine Straßenbaumittel ein.

**Herr Hubrig** äußert, wenn durch die B 101 Mittel frei werden oder nicht benötigt werden, was passiert mit dem Rest? Gibt es eine Art Prioritätenliste?

**Herr Gärtner** antwortet, darüber zu bestimmen ist das Recht der Abgeordneten, wie diese insgesamt vier Millionen an Investitionsmitteln ausgegeben werden.

In einem Sonderkreistag, eventuell am 28.01.2013, werden die Vorschläge im Rahmen des Haushaltes vorgelegt werden. Wenn der Haushalt eingebracht ist, werden wir darüber debattieren, wofür das Geld entsprechend ausgegeben werden kann.

**Herr Habermann** begrüßt die Frage und informiert, dass es in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow seit über 10 Jahren einen geplanten Radweg von Groß Kienitz nach Dahlewitz, L 402, gibt. Nur die Fahrbahn wurde ausgebaut, obwohl ein Radweg auch geplant war. Dazu fehlte das Geld. Offensichtlich haben wir jetzt das Geld, um diese L 402 zu realisieren.

**Herr Gärtner** antwortet, dass er weiß, dass das Land den Radweg bezahlen wird. Es gab ein Treffen zwischen Kindern der Gemeinden, Landesbetrieb Straßenwesen und Landrat. Dort wurde diese Aussage getroffen.

Die Vorlage wurde einstimmig bestätigt und dem Kreistag empfohlen.

## **TOP 6**

### **Aktiver Schallschutz und weitere Maßnahmen im Flughafenumfeld**

Dazu erinnert **Herr Habermann**, dass eine ähnliche Beschlussvorlage zum passiven Schallschutz bereits erarbeitet wurde. Die einzelnen Fraktionen hatten diverse Vorschläge unterbreitet. Die entsprechende Vorlage wurde im Kreistag mit einer Stimmenthaltung angenommen. Auch im Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald wurde diese Vorlage einstimmig anerkannt und bestätigt. Gleiches ist auch für den aktiven Schallschutz vorgesehen.

In wenigen Sätzen erinnert Herr Habermann, wie es zum Flughafenstandort Schönefeld kam einschließlich diverser Bürgerproteste.

Aber der Flughafen BER ist beantragt worden als Ersatzflughafen für Tegel, Tempelhof und Schönefeld für insgesamt 360 Tausend Flugbewegungen pro Jahr. Die Frage ist was passiert, wenn diese 360 Tausend Flugbewegungen erreicht sind? Hier gilt es, Vorschläge zu unterbreiten. Deshalb müssen wir uns zusammensetzen, in ähnlicher Besetzung wie wir es für den passiven Schallschutz gemacht haben. Er bittet die Verwaltungsleitung um die entsprechende Einladung an alle Fraktionen.

**Herr Gärtner** stimmt dem zu, eine Zusammenkunft könnte Mitte bis Ende Januar erfolgen und erinnert daran, von möglichst allen Fraktionen Zuarbeiten zu kommen.

## **TOP 7**

### **Umstufung von Kreis- zu Gemeindestraßen**

**Herr Gärtner** gibt im Vorfeld Erläuterungen zur Notwendigkeit der Umstufungen von Straßen entsprechend dem Brandenburger Straßengesetz. Er erinnert an die Gemeinde-Gebietsreform im Jahr 2003, die zur Folge hatte, dass es andere Gemeindegrenzen gab. Diese spielen aber eine wesentliche Rolle im Straßengesetz des Landes Brandenburg.

In diesem Jahr wurden mit den betroffenen acht Gemeinden und der Stadt Dahme/Mark Gespräche zur Umstufung von Kreis- in Gemeindestraßen geführt.

Rückblickend ist zu sagen, dass es teilweise Übereinstimmung mit den Gemeinden gibt, teilweise bestehen aber auch unterschiedliche Auffassungen zur tatsächlichen Verkehrsbedeutung der einzelnen Straßen.

Mittlerweile führte das Bauamt des Landkreises gemeinsame Begehungen der einzelnen Straßen mit den Gemeinden durch, so dass die Mängel erst einmal erfasst wurden. Herr Gärtner teilt mit, dass viele Gemeinden Verkehrsuntersuchungen zur Ermittlung der Verkehrsströme forderten.

**Herr Gärtner** berichtet darüber, dass er in der Kreisarbeitsgemeinschaft der Bürgermeister im Städte- und Gemeindebund Brandenburg, deren Vorsitzender der Bürgermeister der Stadt Trebbin, Herr Berger, ist, die Problematik der Umstufung erläutert hat, um die Umstufungen weitestgehend einvernehmlich regeln zu können, wie es im Brandenburgischen Straßengesetz steht. Herr Gärtner informiert darüber, dass nach Aussage von Herrn Minister Vogelsänger das Land massiv Straßen abstufen wird und dass vorgesehen ist, die Fördersätze von 75 % auf 50 % zu senken. Er teilt mit, dass im Anschluss die Ausführungen zu allen Gemeinden erfolgen.

**Herr Neumann** beginnt die Präsentation zur Umstufung von Kreisstraßen mit der Gemeinde Am Mellensee. Hier ist die Umstufung der K 7227, Abschnitt 20, mit einer Länge von 4,5 km vorgesehen. Herr Broshog forderte, wie viele andere Bürgermeister zuvor, eine Verkehrsuntersuchung.

Einigkeit zur Umstufung der K 7224 (0,8 km) zur Gemeindestraße wurde nur in der Stadt Baruth/Mark erzielt. Gleichzeitig sollen die Umstufung der Abschnitte der sonstigen

öffentlichen Straße und die Widmung der Ortslage Glashütte vollzogen werden. Aus haushaltstechnischen Gründen können diese Verfahren erst zum 01.01.2014 wirksam werden.

**Herr Neumann** legt weiterhin dar, dass der Umstufungsprozess infolge der geforderten Verkehrsuntersuchungen, die notwendigen Baumaßnahmen und auch aus haushaltstechnischen Gründen sehr langwierig sein kann.

**Herr Gärtner** bekräftigt diese Aussage und betont ebenfalls, dass der gesamte Prozess nicht so einfach ist.

Im Anschluss daran stellt **Herr Neumann** die die Stadt Zossen betreffenden Umstufungsabsichten vor. Hierbei handelt es sich um die K 7234 zwischen Dabendorf-Glienick und Werben mit 7,9 km und die K 7235 zwischen Landkreisgrenze und der L 744 mit einer Länge von 1,6 km.

**Herr Gärtner** macht auf die im Zusammenhang mit der K 7234 bestehende Problematik der Bahnübergangsbeseitigung im Raum Dabendorf aufmerksam.

In der Stadt Trebbin sind die K 7230 (3,9 km) und die K 7231 (5,7 km) zur Umstufung vorgesehen. Obwohl die Stadt Trebbin in der gemeinsamen Abstimmungsberatung keine Einwände zur Umstufung darlegte und auch die Protokolle der Begehungen der K 7230 und K 7231 unterschrieben hat, ist bisher keine Zustimmung zur Umstufung erteilt worden.

In seinen Ausführungen zur Gemeinde Nuthe-Urstromtal legt **Herr Neumann** dar, dass diese mit insgesamt 24,3 km die am stärksten betroffene Gemeinde ist.

Auf die Frage von **Frau Lönig** zur Positionierung der Gemeinde Nuthe-Urstromtal, die etwa 25 % der zur Umstufung vorgesehenen Straßen betreffen, teilte **Herr Gärtner** mit, dass es ein sehr sachliches Gespräch war, welches in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal geführt wurde.

Die Gemeinde Nuthe-Urstromtal legte ihren Standpunkt zur Umstufung der K 7218, K 7219, K 7221 und K 7223 dar. Übereinstimmung hinsichtlich der Verkehrsbedeutung lag bei der K 7221 vor, welche von der K 7220 bis zur B 101 führt.

Die Gemeinde Nuthe-Urstromtal fordert generell den Nachweis der Änderung der Verkehrsbedeutung bei den zur Umstufung vorgesehenen Straßen anhand von Verkehrsuntersuchungen.

**Herr Neumann** teilt mit, dass der Gemeinde Nuthe-Urstromtal zugesichert wurde, diese Untersuchungen durchzuführen.

Im Zusammenhang mit den infolge der Umstufungen auf die Gemeinden zukommenden Kosten spricht **Herr Gärtner** die Problematik der Unterhaltung der Straßen an. Der Landkreis hat diese Thematik in der Beratung mit den Bürgermeistern angesprochen, befindet sich aber noch im Gespräch mit dem Landesbetrieb Straßenwesen. Gemeinsam wird nach Lösungen zur Optimierung und damit Kostensenkung der Unterhaltung der Straßen gesucht.

**Herr Gärtner** teilt mit, dass z. B. der Landkreis Dahme-Spreewald keine Kreisstraßenmeisterei mehr hat.

In der Gemeinde Niederer Fläming sind die K 7207 und K 7209 betroffen, wobei die K 7209 auch noch das Gebiet der Gemeinde Niedergörsdorf berührt. In der Gemeinde Rangsdorf ist die K 7237 betroffen.

Auf die Frage von **Herrn Niendorf**, ob die Straßen vor Übergabe komplett hergerichtet werden, teilt **Herr Gärtner** mit, dass sie in dem Ausbauzustand übergeben werden, damit sie den Anforderungen der künftigen Straßengruppe entsprechen können. Deshalb führt das Bauamt Begehungen für alle zur Umstufung vorgesehenen Straßen mit den Gemeinden durch.

**Herr Niendorf** spricht den schlechten Zustand der K 7207 an. Frau Leistner teilt mit, dass bei der Begehung der Straße eine Menge von Problemen festgestellt wurden und deswegen wird hier keine Umstufung zum 01.01.2013 möglich sein.

**Hr. Neumann** informiert darüber, dass das Bauamt des Landkreises Teltow-Fläming im Anschluss an die Begehungen der einzelnen Straßen in einer Prioritätenliste eine Auswahl darüber treffen wird, welche Maßnahmen in den nächsten 1 – 2 Jahren umgesetzt werden können.

**Herr Gärtner** teilt mit, dass das Amt Dahme/Mark die Umstufungsvereinbarung zur K 7203 unterzeichnet hat.

**Herr Habermann** spricht die Problematik Osdorfer Straße an. Die Gemeinden werden belastet, weil die Gemeinden Straßen übernehmen müssen, die der Kreis oder das Land abgeben. Für den Kreis ist es ein Null-Summen-Spiel und der große Gewinner dieser Maßnahmen ist das Land. Deshalb müsste das Land jetzt beispielsweise die Osdorfer Straße übernehmen. Wenn die Osdorfer Straße zu ist, gibt das einen Stau auf der B 101. Wie bereits im Kreisausschuss stellt er die Frage, welche Möglichkeiten haben wir, Druck auf das Land auszuüben, damit es den berechtigten Forderungen folgt.

Darauf antwortet **Herr Gärtner**, die Fragen, die nicht im Kreisausschuss beantwortet wurden, werden in schriftlicher Form an alle Kreisausschuss-Mitglieder herausgegeben.

Als Vorsitzender der AG Süd des Kommunalen Nachbarschaftsforums Berlin-Brandenburg wurde dieses Problem zum Thema gemacht.

Die Leiterin des Planungsamtes des Berliner Bezirkes Steglitz-Zehlendorf, Frau Lappe, teilte mit, dass der Bezirk Zehlendorf den Auftrag erteilt hat, 3300 Wohneinheiten zu errichten. Das bedeutet, dass in diesem Bereich noch ein Zuzug stattfindet. Deshalb begrüßt er den Vorschlag von Herrn Steinhausen zu einer Einbahnstraßenregelung.

Herr Habermann schließt damit diesen TOP.

## **TOP 8**

### **Sonstiges**

Herr Habermann nimmt zum Antrag des CDU - Gemeindeverbandes Großbeeren - zum Thema „Zweiter Halt am Regionalbahnhof Großbeeren“ Stellung. Sein Vorschlag wäre, diesen Antrag als Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses aufzunehmen. (siehe Anlage)

Dem stimmt **Herr Steinhausen** zu, da den Abgeordneten derzeit kein Schriftwechsel vorliegt. Herr Steinhausen führt zum Hintergrund des Antrages aus, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde wesentlich durch das Güterverkehrszentrum (GVZ) geprägt ist. Gleichwohl wurde festgestellt, dass dieser Bereich inzwischen zum Ansiedlungshindernis wird. Zurzeit hält im Bahnhof der Gemeinde Großbeeren nur einer der beiden Regionalzüge R 4 oder R 5. Diverse Unternehmen im GVZ würden gerne mehr Mitarbeiter einstellen, haben

aber Probleme mit der Anbindung, trotz der neuen Buslinie 600. Im nördlichen Bereich wurden sehr viele wirtschaftliche Ansiedlungen geschaffen, aber von den im GVZ vorhandenen 5000 Arbeitsplätzen kommen nur knapp 1000 Beschäftigte aus der Gemeinde, alle anderen kommen von außerhalb. Ca. 1500 Menschen des Landkreises fahren aus dem südlichen Bereich zum GVZ. Deshalb wäre ein 2. Regionaler Haltepunkt sehr wichtig. Dieser Brief ging nicht nur an den Vorsitzenden des Ausschusses, sondern auch an die amt. Landrätin und den Aufsichtsrat des VBB.

**Herr Dr. von der Bank** informiert über eine Anhörung zum Thema Entwurf des neuen „Landesnahverkehrsplan“ in der letzten Woche im Landtag, an der auch Herr Minister Vogelsänger teilnahm. Er selbst nahm auf Grund seines Interesses für den S-Bahn-Lückenschluss nach Rangsdorf teil. U. a. ging es um die Haltegeschichte der Regionalbahn. Herr Minister Vogelsänger argumentierte, dass zukünftig eine Reihe von Haltestellen der Regionalbahn zur Disposition gestellt werden würden, weil pro Jahr die entstehenden zusätzlichen Kosten pro Haltestelle rund 40 T€ betragen. Seine Idee wäre, als Ausschuss oder auch als Kreistag diesen entsprechenden Wunsch – einen zusätzlichen Halt in Großbeeren einzuführen - dem Ministerium übergeben.

Dazu äußert **Herr Gärtner**, dass Herr Minister Vogelsänger dem Bau einer S-Bahn nach Rangsdorf eine klare Absage erteilt hat. Zum größeren Problem entwickelt sich der Bau der Dresdner Bahn. Bisher ging man davon aus, dass der Ausbau dieser Strecke bis spätestens 2020 erledigt ist, was derzeit nicht so aussieht.

In einem von den Arbeitsgruppen Nord, Ost, Süd und West des Kommunalen Nachbarschaftsforums erarbeiteten Offenen Brief an die Landesregierung Brandenburg, die Fraktionen im Landtag, die Senatoren und Fraktionen im Abgeordnetenhaus von Berlin geht es um die Verkehrsinfrastruktur in Berlin und Brandenburg. Im Hintergrund weiter zunehmender funktionaler Verflechtungen zwischen Berlin und den angrenzenden Brandenburger Gemeinden und Landkreisen ist mit einer deutlichen Zunahme des Verkehrs zu rechnen. Es besteht erheblicher Handlungsbedarf zur Angebotsverbesserung und zum Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs einschließlich der Ergänzung der hierfür notwendigen Infrastruktur.

Die Flughafenregion um den BER wird sich in den nächsten Jahrzehnten umgestalten. Es wird einen erheblichen Zuzug geben, die Infrastrukturen insgesamt, die Verkehrsverhältnisse werden sich verändern. Wir müssen darauf achten, sei es bei der S-Bahn oder bei der Bahnhofsumplanung in Rangsdorf, dass da nicht Dinge passieren, die sich dann später schwerer realisieren lassen.

Abschließend ergeht an Herrn Steinhausen der Hinweis, das Problem „Haltepunkt am Regionalbahnhof Großbeeren“ an den Wirtschaftsausschuss, Frau Borgwardt, zur richten, da dieser Ausschuss mit den Fragen des Nahverkehrs beschäftigt ist, wozu ja auch die Haltepunkte gehören. Wenn sich dieser Ausschuss mit diesem Thema beschäftigt, kann er unterstützende Empfehlungen an den Wirtschaftsausschuss geben.

**Herr Habermann** dankt für die interessanten Hinweise. Dieser Ausschuss hatte sich nachdrücklich für den Lückenschluss eingesetzt. Diese Option dürfen wir uns nicht verbauen lassen und gibt den Hinweis, dass sich durch den S-Bahn-Lückenschluss, der leider nur bis Blankenfelde geht, die Einwohnerzahl von Mahlow in den letzten 20 Jahren von 4.500 auf 12.000 erhöht hat.

Da es keine weiteren Anfragen oder Ergänzungen gibt, bedankt sich **Herr Habermann** für die konstruktive Mitwirkung, wünscht allen eine schöne Adventszeit und ein schönes Weihnachtsfest sowie für heute einen guten Heimweg.

Datum: 22.01.13

---

Habermann  
Vorsitzender

---

Remus  
Schriftführerin